

Mit militärischen Schlägen hoffte man Milosevic "zur Vernunft zu bringen". Bombardieren oder nicht? Alle wissen wie, aber niemand weiß wozu.

Der Kosov@-Krieg ist eigentlich eine Nato-Krise.

Roland Brunner

"Humanitäre Verpflichtung", "politische Notwendigkeit", "sicherheitspolitisch unumgänglich", mit solchen Begriffen hantierte die Nato, als sie im September mit militärischen Maßnahmen der Krise und dem Krieg im Kosov@ Herr werden wollte. Ohne Mandat des UNO-Sicherheitsrates und ohne politische Konzepte sollte der Frieden gegen Milosevic herbeigebombt werden.

Wer rettet die Nato?

Schon im Frühjahr zeichnete sich das Versagen internationaler Politik ab. Im Juni begann sich die Nato der Kosov@-Sache anzunehmen und innerhalb kurzer Zeit waren alle militärischen Vorbereitungen abgeschlossen und Einsatzpläne vorbereitet. Mit Flugmanövern über Albanien und Fugzeugträgern vor der Küste sollte Milosevic militärische Nato-Macht demonstriert werden, um ihn zu politischen Zugeständnissen zu bewegen. Der Unlogik des Militärischen gehorchend wurden diese Drohpotentiale immer weiter hinaufgefahren bis zur Nato-Bombendrohung. Irgendwann einmal müsse Milosevic doch nachgeben. Die Nato verfing sich so in ihrer eigenen militärischen Dynamik. Die Vertrauenswürdigkeit der Nato stehe auf dem Spiel, hieß es bald aus dem Hauptquartier dieser militarisierten Politik.

Weltweit war bei aller Ratlosigkeit eines klar: Mit Bomben aus der Luft ist Frieden im Land nicht zu haben. Auch in der Schweiz war der Konsens unisono, von Friedensbewegten bis zu Militärvertretern und quer durch alle Medien: "Die Drohgebärde ist weder militärisch noch politisch in eine erfolgversprechende Strategie eingebettet. (...) Die westliche Welt hat sich monatelang und wider besseres Wissen mit Lügen und Versprechungen abgefunden. Diese Mitschuld mit Luftangriffen aus dem Gedächtnis zu bomben, wäre in sinnloser Weise verspätet." So kommentiert Peter Fürst im "Tages-Anzeiger" die militaristische Sinnlosigkeit (3.10.98). "Hinter der demonstrativen militärischen Stärke verbirgt sich nicht unbedingt politische Stärke. (...) Die USA haben keine langfristigen Vorstellungen über die Zukunft des Balkans, das er-

schwert auch die Erreichung kurzfristiger Ziele", doppelte er am 13.10.98 nach, um am Tag darauf auf der Titelseite zu kommentieren: "Der Waffengang wäre ein militärisches und völkerrechtliches Abenteuer gewesen. Mit der ersten Bombe gegen Milosevic hätte sich die Nato auf die Seite der Kosovo-Albaner gestellt und wäre damit knietief im Balkansumpf versunken."

Aber auch die kaum als militärkritisch bekannte "Neue Zürcher Zeitung" fragte sich in einem Leitartikel (10.10.98): "Was nützen Nato-Luftangriffe?", um festzuhalten: "Was mit Luftschlägen jetzt noch bewirkt werden könnte, ist unklar. (...) Auch in Kosovo mangelt es, wie schon während sehr langer Zeit in Bosnien, an einem von Washington und den wichtigsten europäischen Verbündeten unter Einschluß Rußlands getragenen politischen Konzept, wie die Balkanregion kurzfristig befriedet und langfristig stabilisiert werden könnte. (...) Einerseits kommt eine Intervention zum jetzigen Zeitpunkt für die Kosovo-Albaner zu spät - und vereinzelt Luftangriffe, nur um Milosevic zu bestrafen, machen weder militärisch noch politisch Sinn. Sieht das Bündnis andererseits von Angriffen ab, ohne daß dem starken Mann in Belgrad substantielle Zugeständnisse abgerungen werden konnten, so hat es seine Glaubwürdigkeit gänzlich verspielt." Deutscher und deutlicher kann man wohl nicht zugeben, daß die militaristische Allmachtsphantasie sich selber in die Ecke manövriert hat. Obwohl über den Unsinn dieses Nato-Militarismus Konsens bestand, begann doch sofort wieder die Diskussion in der Schweiz, ob man nicht mittels dringlichem Bundesbeschluß auch Schweizer Soldaten erlauben müßte, bei diesem Unsinn dabeizusein.

Die Nato im Dilemma

Eine Nato-Intervention würde allerseits als einseitige Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates betrachtet. "Militärisch zu intervenieren heißt unter den gegebenen Bedingungen, jene Kräfte im Kosovo zu unterstützen und zu legitimieren, die seit mehreren Jahren und verstärkt seit der Vereinbarung von Dayton mit Gewaltmitteln gegen Einrichtungen der Belgrader Zentralregierung in der Provinz und gegen dort lebende Serben vorgehen", schreibt z.B. August Pradetto, Professor für Politikwissenschaften am Institut für internationale Politik an der Universität der Bundeswehr Hamburg in den "Blättern für deutsche und internationale Politik" (Nr. 9/98).

Auch international wäre eine Intervention kaum vertretbar, gibt es doch ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates keine völkerrechtliche Grundlage dafür. Im Gegenteil: Eine Intervention würde direkt gegen den Grundsatz des Verbots von Gewaltanwendung in internationalen Beziehungen verstoßen und müßte daher als verbotene Kriegshandlung ausgelegt werden. Demgegenüber könnte sich Serbien auf die UNO-Charta berufen, die in Artikel 51 "das naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung" postuliert. Die Nato-Intervention würde so für die UNO zur "Bedrohung des Weltfriedens" und müßte eigentlich sofort zu einer Intervention durch den UNO-Sicherheitsrat gegen die Nato führen. "Die Stellungnahme der USA und der Nato, man brauche kein UNO-Mandat, war wohl Teil eines diplomatischen Versuchs, die Serben zum Einlenken zu bewegen und Druck zu machen", meint Bardo Fassbänder, wissenschaftlicher Assistent am Institut für Völker- und Europarecht der Humboldt-Universität Berlin gegenüber dem "Tages-Anzeiger" (13.10.98). Eine allfällige Bombardierung Serbiens bezeichnet er als "recht deutliche Überschreitung der völkerrechtlichen Grenzen", um dann festzuhalten: "Die Amerikaner haben sich im Laufe der Geschichte manches herausgenommen. Es ist für eine Großmacht immer eine Versuchung, nach ihren nationalen Interessen zu handeln und die völkerrechtlichen Regeln außer acht zu lassen. In der Tat sind die letzten Aktionen der USA besonders bedenklich."

Die Frage nach dem politischen Ziel ei-

ner allfälligen Nato-Intervention wagte schon bald niemand mehr zu stellen. Eine Unabhängigkeit des Kosov@ kam nicht in Frage. Ein Protektorat wollte und will niemand. Die Tatsache, daß es den meisten Ländern nur darum ging, "Flüchtlingsströme" nach Westeuropa zu verhindern, wagte niemand auszusprechen. Das erklärte Ziel des Westens, weder Unabhängigkeit noch Status quo, sondern Rückkehr zu einer modifizierten Autonomie des Kosov@, litt von Anfang an unter der Schwierigkeit, daß es weder von Belgrad noch von den Kosova-Albanern akzeptiert wurde.

Offensichtlich war die Nato-Bombendrohung mehr ein Machtkampf innerhalb der Nato (USA gegen Europa) und eine Machtdemonstration gegenüber Rußland. Während man sich in Bosnien-Herzegowina wenigstens noch mit dem politischen (Irr-)Glauben aus dem Kalten Krieg rechtfertigen konnte, ein Gleichgewicht der (militärischen) Kräfte mit Hilfe und Absicherung durch internationale Truppen könnte den Waffenstillstand bringen, der zum Frieden erwachsen würde, ist eine solche Illusion im Kosov@ von vorneherein hoffnungslos. Ein Gleichgewicht der Kräfte

zwischen den Terrorverbänden der serbischen Armee und Polizei einerseits und der UCK - einer bewaffneten Truppe, die die Veränderung der Grenzen mit Waffengewalt anstrebt - ist politisch legitim nicht zu haben. Das Dilemma der Nato war deshalb ein doppeltes, ein politisches wie ein militärisches.

Den Preis zahlen die anderen

Die Bombendrohung der Nato führte sofort zu einer Verschärfung des innenpolitischen Klimas in Jugoslawien. Milosevic wälzte den Druck einfach auf andere ab. Dragan Velikic, Schriftsteller und Publizist, schreibt in der "Weltwoche" vom 15. Oktober: "Ganz gleich, ob es zum Militärschlag durch die Nato kommt, allein die Drohung hat innenpolitisch dieselbe Wirkung erzeugt, als wären schon Bomben gefallen. (...) Seriöse Menschen fürchten sich mehr vor dem, was einer Bombardierung folgen würde, als vor der Bombardierung selber." Veran Matic, Präsident der Vereinigung unabhängiger elektronischer Medien ANEM, erklärt: "Luftangriffe gegen Jugoslawien legen eine gefährliche Waffe in die Hände all der konservativen und nationalistischen Kräfte hier. Sie führen zu Verzweiflung und Orientierungslosigkeit bei all denen, die sich während all der Jahre gegen die Politik des Hasses und der Gewalt gewehrt haben. Das Gefühl der serbischen Nation, Opfer einer internationalen Verschwörung zu sein, würde verstärkt und einen Geist der Rache und des Isolationismus stärken, genau wie sich dies Milosevic seit seiner Machtübernahme in Serbien immer gewünscht hat." Eine Intervention würde die serbische Bevölkerung hinter Milosevic einen, wie er es selber nie schaffen würde. Die demokratischen und oppositionellen Kräfte, die der Westen - wenn auch nur viertelherzig - in den letzten Jahren unterstützt hat, würden damit ebenso zerstört wie die Einsicht, daß längerfristig Stabilität und Sicherheit im Balkan nur durch die Demokratisierung der Region zu erreichen ist. Stattdessen würde die Nato direkt den Ultra-Nationalisten Vojislav Seselj an die Macht bomben. Zoran Cirjakovic, Belgrader Journalist für das US-Magazin "Newsweek", schreibt im "Tages-Anzeiger" (24.10.98): "Ich weiß nicht, ob die Drohungen der Nato den Krieg in Kosovo wirklich beenden können. Im unglücklichsten Fall könnten sie allem Blendwerk des Milosevic-Regimes ein Ende setzen und dessen Übergang in ei-

Die Drohpolitik des Westens hat im Kosovo in eine Sackgasse geführt.

Die hilflose Nato

Andreas Zumach

Die Drohpolitik der Allianz war bislang kontraproduktiv. Innenpolitisch stabilisierte sie Milosevic und ermunterte ihn zur Ausschaltung der wenigen verbliebenen unabhängigen Medien. Und bei der Kosovo-Befreiungsarmee bewirkte die Drohpolitik die Illusion, sie könne mit der Provokation bewaffneter Zwischenfälle Nato-Bombardements gegen serbisches Militär erzwingen.

Wie weiter in dieser völlig verfahrenen Situation? Das würden wir jetzt gerne vom taz-Kollegen Erich Rathfelder sowie von den Grünen-Politikern und Professoren Daniel Cohn-Bendit, Micha Brumlik, Hajo Funke u.a. erfahren. All jenen also, die in den letzten Wochen auf dieser Seite (taz, Seite 12) die Androhung und Durchführung von Nato-Militärschlägen gegen Serbien unterstützt und die entsprechende Zustimmung des Bundestages, des neuen Außenministers Fischer und der meisten Grünen als Ausdruck realpolitischer Reife der künftigen Regierungspartei sowie der Normalität des neuen Deutschland begrüßt haben. Welchen Ratschlag hätten sie jetzt für die Nato? Soll sie das Ultimatum erneut verlängern? Es aufheben und die mit dem Abzug eines US-Flugzeugträgers aus der Adria bereits reduzierte militärische Drohgebärde völlig aufheben? Oder soll die Nato jetzt endlich zuschlagen und - zumindest kurzfristig - unsere unerträgliche Ohnmacht gegenüber den anhaltenden Gewaltverbrechen der serbischen "Sicherheitskräfte" im Kosovo verscheuchen?

Was sonst könnten Nato-Luftschläge bewirken? Können sie tatsächlich das von Brumlik/Funke zu Recht konstatierte "absolute Recht auf Leben" der rund 300.000 Flüchtlinge garantieren? Und damit "einen Bruch internationalen Rechts" (Brumlik/Funke) "jedenfalls aus moralischen Gründen" rechtfertigen? Die Befürworter von Nato-Luftschlägen - egal welcher politischen Couleur - haben diese Frage nur unzureichend beantwortet. Das ist ihr Hauptdilemma - jenseits aller völkerrechtlichen Bedenken, pazifistischer Einwände und der Sorge über die Konsequenzen für das Verhältnis zu Rußland.

Was geschieht, wenn Milosevic auf die ersten Eskalationsstufen von Nato-Luftschlägen gegen militärische Ziele nicht einlenkt, ja möglicherweise sogar die Gewalt gegen die Albaner noch verschärft? Kann die Nato dann einfach aufhören? Oder muß sie dann zivile Ziele bombardieren?

Vor allem den Nato-Militärs ist dieses Dilemma offensichtlich weit bewußter als Fischer & Co. Ähnliches gilt für die völkerrechtlichen Bedenken. Der Ex-Staatssekretär auf der Hardthöhe und stets Natotreue CDU-Politiker Willy Wimmer sieht in Nato-Luftschlägen ohne UNO-Mandat einen "Abgrund des internationalen Rechts" und warnt vor einem "Präzedenzfall, an den wir uns alle demnächst mit Schrecken erinnern werden".

aus: taz Nr. 5665 vom 26.10.98, Seite 12 (von FF-Red. gekürzt)

Andreas Zumach ist taz-Korrespondent in Genf und beschäftigt sich vor allem mit Fragen der UNO und des Friedens.

Pressemitteilung von Willy Wimmer, MdB (CDU) - Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OZSE - vom 09.10.98 mit dem Titel: *Der Kosovo entfaltet die Kraft der Systembeseitigung wie Sarajevo 1914*

"Die aktuelle Diskussion über Mandate der UN für Einsätze der NATO macht deutlich, daß die seit 1945 bestehende Rechtsordnung, die den Frieden relativ stabil gehalten hat, kaum Chancen hat, das Ende des Jahrzehnts zu erleben. Eine singuläre Supermacht marschiert durch. Man sieht die Welt auf dem Weg in die neue Weltordnung. Wenn wir nicht aus allen Symptomen die Konsequenzen ziehen, ist das Faustrecht angesagt."

Willy Wimmer am 19.10.98:

"Der mögliche Nachfolger des jetzigen Außenministers Dr. Klaus Kinkel hat es in der Debatte klar zum Ausdruck gebracht: Joseph Fischer wies darauf hin, daß wir alles daransetzen müssen, zum Gewaltmonopol der Vereinten Nationen zurückzukehren. Wenn er das so feststellt, müssen wir es schon verlassen haben.

Es ist die höchste Zeit, daß bei uns die Alarmglocken schrillen. Aus Interessensgründen, die nicht auf dem Tisch liegen, droht uns nach dem Vorbild der inneramerikanischen Entwicklung eine Kanibalisierung der internationalen Rechtsordnung, die alles und jedes in Frage stellen wird."

ne waschechte Diktatur beschleunigen." Ob dies wirklich im Interesse des Westens, aber auch der Kosov@-AlbanerInnen sein kann? Es gibt keine Lösung der Probleme in Bosnien oder im Kosov@ ohne Demokratie in Serbien; es gibt keine Demokratie in Serbien mit Milosevic; es gibt keine Alternative zu Milosevic, solange dieser auch durch die internationale Politik immer wieder gestützt wird. Milosevic hat mit seiner Unterschrift unter die Pax Holbrooke die Nato gerettet - und die Nato hat mit dem Abkommen wieder einmal Milosevic gerettet. So weit, so schlecht.

Die OSZE rettet das Gesicht der Nato

Das Abkommen, das der US-Diplomat Richard Holbrooke im Geheimen und hinter dem Rücken der kosov@-albanischen Führung mit Jugoslawiens Präsident Milosevic ausgehandelt hat, rettete die Nato zumindest vorläufig aus dem selbstverschuldeten Dilemma, indem der Ball der OSZE weitergespielt wurde. Eine OSZE-Mission mit 2000 unbewaffneten Beobachtern soll den Abzug der serbischen Spezialeinheiten und die Einhaltung eines beiderseitigen Waffenstillstandes sowie der Menschenrechte überwachen, um die Rückkehr der Vertriebenen und Flüchtlinge zu ermöglichen. Diese Kosovo Verification Mission (KVM) unter der Leitung des Amerikaners William Graham Walker steht aber auf wackligen Füßen - nicht weil ihr das militärische "Backing" fehlen würde, sondern weil politisch das ganze Abkommen in der Luft hängt. Die Umsetzung des Abkommens und der zugrunde liegenden UNO-Resolution wur-

de von den politischen Kräften des Kosov@ bisher nicht angenommen. "Es dürfte für den Westen womöglich schwieriger werden, die Albaner zu politischen Konzessionen zu bewegen, als die Serben, denen der Autonomie-Plan eher entgegenkommt", kommentiert die NZZ am 14.10.98. Tatsächlich wurde Milosevic erneut zum Partner des Westens gemacht, der - ob mit oder ohne militärische Prügel - für den Frieden verantwortlich sein soll. "Der Westen setzt in Kosovo erneut auf Milosevic", schreibt "Tages-Anzeiger"-Korrespondent Peter Fürst (24.10.98) und fährt weiter: "Nur die Serben selbst können verhindern, daß Milosevic sein Volk in den kollektiven Untergang führt. Der Westen kann dabei helfen, indem er mit Milosevic nicht weiterverhandelt, sondern ihn total isoliert."

Auch die NZZ kommentiert in einem Leitartikel auf der Titelseite (17.10.98) hart: "Worum es dem Westen bei der Kosovo-Krise eigentlich geht, darüber läßt sich nur spekulieren. (...) Der Eindruck verstärkt sich, daß hier hastig ein Deal abgeschlossen wurde, dessen Konsequenzen kaum jemand abzuschätzen vermag. (...) Kurzfristiges Agieren in Krisen und die Suche nach einer auf längere Sicht haltbaren Strategie sind zwei verschiedene Paar Schuhe. Die Mindestanforderung an eine sinnvolle Krisenbewältigung müßte sein, daß sie die Situation nicht verschlimmert und Wege für künftige Lösungen nicht verbaut. Der Verdacht, daß genau dies in Kosovo geschehen ist, läßt sich nicht verdrängen." Die "Pax Holbrooke" kennt bisher zwei Sieger: Die Nato und Milosevic. Der

Militarismus ging auf beiden Seiten gestärkt hervor. VerliererInnen sind die oppositionellen Kräfte in Serbien (siehe Chronik der Repression). Kosov@-AlbanerInnen scheinen mit dem ganzen nichts zu tun zu haben, waren sie doch weder bei der Entstehung des Abkommens noch bei seiner Ausarbeitung einbezogen.

Roland Brunner ist Redakteur der Schweizer Zeitschrift "Monatsmagazin - MOMA", Zürich.

Kurzhinweis

FÜNF für Frieden:

Das Rüstungs-Informationsbüro Baden-Württemberg (RIB) hat die Reihe der FÜNF-Infos vervollständigt. Nach den Heften "Abrüstung weltweit verwirklichen" und "Ein globales Netzwerk gründen" ist jetzt das 20-seitige Info Nr. 3 "Abrüstung in Europa fortsetzen" erschienen (Format A5, Farbdruck, Einzelheft 1,- DM). Es enthält Argumentationen, Daten und Graphiken, die belegen, daß eine kontinuierliche Senkung der Verteidigungsausgaben in Europa um mindestens 5% notwendig, möglich und in jeder Hinsicht friedensfördernd ist.

Als begleitende Aktionsmaterialien sind T-Shirts mit dem FÜNF-Logo erhältlich. Außerdem kann ein Transparent für Aktionen und Veranstaltungen ausgeliehen werden (Kontakt RIB, siehe unten). Um die Internationalisierung von FÜNF für Frieden voranzubringen, wurde von RIB eine englischsprachige Zusammenfassung der drei bisherigen FÜNF-Infos erstellt. Das in gleicher Ausstattung wie die deutschsprachigen FÜNF-Infos erschienene Heft trägt den Titel: "FIVE for Peace - A International Initiative for Global Disarmament", hat 32 Seiten und kostet einzeln 3,- DM.

Bestelladresse: FÜNF für Frieden, Albrechtstr. 9, 75183 Karlsruhe (Vorkasse: Briefmarken oder Geldschein - FÜNF-Infos 1- 3 im Set: 2,50 DM, FIVE for Peace: 3,- DM. Jeweils zuzüglich 3,- DM Porto und Versand). Mengenrabatte auf Anfrage.

Weitere Informationen und FÜNF-Kontakt: FÜNF für Frieden c/o RIB e.V. Umkircher Str. 37 79112 Freiburg Tel./ Fax: 07665/51868

Eine Chronologie der Repression in Serbien im Oktober 1998

An die Wand mit der Opposition

Roland Brunner

Milosevic sitzt im Trockenen. Den Preis für die Nato-Drohungen bezahlen die Dissidenten. Die Drohungen der Nato, Serbien zu bombardieren, falls die Bedingungen für eine politische Lösung des Kosovo-Konflikts nicht erfüllt würden, führte vor allem zu einer Verschärfung der Hetze und der Repression gegen oppositionelle Kräfte in Serbien.

Eingeladene TeilnehmerInnen einer internationalen Konferenz "Broadcasting for a Democratic Europe", geplant in Belgrad Ende September unter Schirmherrschaft des Europarates, erhalten keine Einreisevisa.

Der rechtsradikale Politiker und stellvertretende Premierminister Jugoslawiens Vojislav Seselj sowie der Milosevic-Mann und Parlamentsabgeordnete Zeljko Simic bezeichnen in einer Parlamentsdebatte Oppositionelle und unabhängige Medien als Verräter, fünfte Kolonne und Quislinge. Seselj ruft offen dazu auf, im Falle einer Bombardierung Serbiens Oppositionelle und MitarbeiterInnen internationaler Organisationen als Geiseln zu nehmen: "Vielleicht können wir nicht jedes einzelne Nato-Fugzeug abschießen, aber sicher können wir all ihrer Agenten hier habhaft werden." Speziell erwähnt werden dabei das "Helsinki Komitee für Menschenrechte", die "Frauen in Schwarz" sowie der intellektuelle und dissidente "Belgrad-Zirkel".

Die unabhängige Belgrader Radiostation B92 muß eine große geplante Solidaritätsdisco zugunsten der Kosovo-Flüchtlinge in Montenegro absagen, da durch die zunehmende Radikalisierung die Sicherheit der Leute nicht gewährleistet ist. Staatsradio und -fernsehen reiten scharfe Attacken gegen unabhängige Medien und bezichtigen sie des Hochverrats. Der serbische (Des-)Informationsminister Aleksandar Vucic teilt den unabhängigen Stationen mit, daß die Weiterverbreitung "von Programmen, die zu Propagandazwecken und zur psychologischen Kriegsführung von westlichen Mächten produziert würden", als Akt der Spionage und als direkter Angriff auf die verfassungsmäßige und gesetzliche Ordnung des Landes betrachtet würden. Gezielt wird dabei auf die serbischen Programme von BBC-World-Service, Deutsche Welle international u.a.

Der Faschist Seselj ruft im Parlament den Kriegszustand aus, obwohl dies gar

Kurzinhweis

Kampagne: "Umsteigen, Herr Kuhn!" - Postkartenaktion

In Bonn regieren nun zwei Parteien, die eine ökologische Wende in der Energiepolitik und den Ausstieg aus der Atomkraft auf ihre Fahnen geschrieben haben. Die Stromkonzerne drohen mit Schadensersatzklagen. Die Ergebnisse der "Konsensgespräche" sind offen. Jahrzehntelange Stilllegungsfristen für die strahlenden Atom-Meiler drohen. Ein Ende für die extrem klimaschädlichen Braunkohle-Kraftwerke ist gar nicht erst in Sicht. Deshalb möchten wir gerade jetzt mit Euch gemeinsam den Druck auf die Verursacher erhöhen! Die deutschen Energieversorgungsunternehmen - allen voran die rheinische RWE - finanzieren noch immer die Entwicklung von zwei neuen Atomreaktor-Typen durch die Siemens AG. Besonders RWE forciert mit "Garzweiler II" den weiteren Ausbau der Braunkohle-Verstromung.

Alternativen zu Atom- und Braunkohlestrom existieren: Studien zeigen, daß der deutsche Energiebedarf in zwanzig Jahren um 40% gesenkt werden kann. Deshalb dürfen Forschungs- und Investitions-Milliarden nicht mehr für die "Weiterentwicklung" der Atomtechnologie und für die Erschließung neuer Braunkohle-Tagebaue verschleudert werden. Die Postkartenkampagne "Umsteigen, Herr Kuhn!" richtet sich an den RWE-Vorstands-Vorsitzenden, um ihn persönlich zur Energiewende aufzufordern. *Die Postkarten können bestellt werden bei: Dachverband kritischer Aktionäre, Schlackstr. 16, 50737 Köln, Tel.: 0221/5995647, Fax: 0221/5991024, e-mail: critical_shareholders@compuserve.com*

nicht in seiner Kompetenz liegt.

Dejan Anastasijevic, Journalist der unabhängigen Wochenzeitschrift VREME, wird angeklagt wegen seiner Berichterstattung über die Massaker in Gornja Obrinja (Kosov@).

Seselj wiederholt seine Angriffe gegen Medienschaffende, die "Geld von den Amerikanern, den Deutschen, Engländern und Franzosen nehmen". Er bezeichnet sie als "Spione, die diesen Ländern in ihren antiserbischen Bestrebungen helfen". Verschiedene Radio- und Fernsehstationen erhalten Drohungen. Die Regierung verhängt - ohne Gesetzesgrundlage - einen "Erlaß für Spezialmaßnahmen anlässlich der Nato-Drohungen für militärische Angriffe gegen unser Land". Die NZZ spricht am 15. Oktober von einer "Mobilmachung gegen äußere und innere Feinde". Die Tageszeitungen "Dnevni Telegraph", "Danas" und "Nasa Borba", sowie die Radiostationen "Radio Indeks" und "Radio Senta" werden per Ausnahmezustand stillgelegt.

Ein am 24. Oktober angenommenes neues Mediengesetz setzt mit der Androhung hoher Bußen auf die Selbstzensur der unabhängigen Medien. Der serbische Informationsminister Vucic begründete das neue Gesetz damit, Serbien sei Angriffen von Terroristen und erpresserischen Drohungen einiger westlicher Länder ausgesetzt. Ausländische Regierungen versuchten durch Desinformation und Propaganda den Widerstandsgeist der serbischen Bevölkerung zu untergraben, um ihre politischen Interessen auf serbischem Gebiet durchzusetzen. Seselj bezeichnet die Herausgeber unabhängiger Medien als Nato-Offiziere und Javier Solana, "der Mann der über die Bombardierung und Zerstörung Serbiens und die Ermordung seiner BürgerInnen entscheidet", als ihren Chefredakteuren.

Einen Tag nach der Annahme des neuen Mediengesetzes werden die Herausgeber und Redakteure der Zeitschrift "European" auf Anklage der "Patriotischen Allianz Belgrads" wegen Verletzung der patriotischen Gefühle Serbiens zu einer Buße von insgesamt über 300.000 Franken verurteilt.

Weitere Informationen über Kovov@ und Serbien sind zugänglich über die Homepage der Medienhilfe Ex-Jugoslawien: <http://www.medienhilfe.ch>